

Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg frei Haus vierteljährlich 63 Mark, monatlich 21 Mark. In den Ausgabestellen vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — Bei Postbezug ohne Bestellgeld vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — **Einzelnnummer** 1,50 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: 3 Mk. für die 38 mm breite Kolonelleile, 1,50 Mk. für private Stellen. — Gesuche, 10 Mk. für die 89 mm breite Reklamezeile. — Bei bindenden Nachdruckverträgen: Anzeigenzeile 3,50 Mk., Reklamezeile 12 Mk. — Für Aufträge aus dem Ausland: deutsche Mark. — Offerten- und Anzeigengebühren 2 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postfach-Konto Stettin 1847.

Nr. 11.

Bromberg, Sonnabend den 15. Januar 1921.

45. Jahrg.

Deutschland und Amerika.

Von zuverlässiger amerikanischer Seite wird gemeldet, daß der amerikanische Senat davon absehen will, einen umständlichen Friedensvertrag aufzusetzen. Vielmehr glaubt man, daß in knapper Form die Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erklärt werden wird. Im Zusammenhang damit wird die Freigabe deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten beraten werden. Die prinzipielle Genehmigung, das deutsche Eigentum freizugeben, steht fest, doch bestehen Zweifel darüber, ob das Vermögen als Gesamtheit zurückgehalten und als Anzahlung auf Lebensmittel und Rohstoffe benutzt werden soll, oder ob man es den einzelnen Privateigentümern zurückerstatten wird. Auch die Frage einer großen amerikanischen Anleihe in Deutschland wird nach Friedensschluß auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ganz unabhängig von ihrer sonstigen politischen Stellung gegen Deutschland sind sich die amerikanischen Finanzkreise darüber einig, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, Deutschland finanziell zu unterstützen, um es als Absatzgebiet aufnahmefähig zu erhalten. Man hat längst erkannt, daß die Folgen des Krieges nur international zu lösen sind. Insbesondere trifft das für die Arbeitslosenfrage zu, die sich auch für Amerika allmählich zu einer Gefahr auswächst. Der Grund hierfür liegt in den steigenden Schwierigkeiten, die Absatzgebiete der amerikanischen Industrie zu behalten, da infolge des Tiefstandes der deutschen Währung Deutschland nach wie vor in der Lage ist, die amerikanischen Preise zu unterbieten. Aus diesem Grunde sind die dortigen Finanzkreise zu der Ansicht gekommen, daß das nachfolgende Hilfsmittel für Amerika in der Stärkung der deutschen Währung liegt.

Die Forderungen an Deutschland.

Wie der „Westminster Gazette“ gemeldet wird, ist Frankreich nach der Stellungnahme Englands bereit, anzuerkennen, daß von größeren Zahlungen seitens Deutschlands vorläufig nicht die Rede sein kann. Frankreich werde infolgedessen keine übertriebenen Forderungen stellen, deren Durchführung einen größeren Kraftaufwand erfordern würde, sondern werde sich vorläufig mit kleineren Abzahlungen begnügen, denen durch Lieferung von Rohmaterialien und Fertigfabrikaten durch Deutschland nachgeholfen werden soll. Die Bekanntgabe der von Deutschland zu leistenden Zahlungen werde gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages etwa am 1. Mai erfolgen.

Die Pariser Blätter melden, hat die Wiedergutmachungskommission bestimmt, daß Deutschland im Februar und März 2,2 Millionen Tonnen Steinkohlen an die Alliierten zu liefern hat. Außerdem sind 0,5 Millionen Tonnen aus den vorigen Monaten noch nachzuliefern.

Die Forderung der Auflösung der Einwohnerwehren.

Die französische Regierung wird auf der bevorstehenden Sitzung des Obersten Rates beantragen, daß Deutschland aufgefordert wird, innerhalb kurzer Frist die schweren Waffen der bayerischen Einwohnerwehren, nämlich Geschütze, Flugzeuge, Minenwerfer, Flammenwerfer und schwere Minenabwehre auszuliefern. Ein Teil der leichten Maschinengewehre und die Tragwaffen sollen den Organisationen vorläufig belassen werden. Frankreich hält aber die gegenwärtige ausrüstungsmäßige Stärke der bayerischen Einwohnerwehren für keinesfalls gerechtfertigt und wird deshalb beantragen, daß die Wehren einen Teil ihrer Mitglieder unverzüglich entlassen. Der Rest soll bestehen bleiben dürfen, bis die Polizei ausreichend organisiert erscheint, um im Verein mit der bayerischen Reichswehr etwaige kommunistische Aufstände zu verhindern. Die Auflösung der vorläufig gebildeten Einwohnerwehren soll dann schrittweise erfolgen. Die Verbündeten werden daher, falls Frankreichs Vorschlag angenommen werde, Deutschland bereits unabweisend erklären, daß sie das Weiterbestehen der Selbstschutzorganisation nur als provisorisch betrachten und die baldige Entwaffnung und Auflösung in festgelegter Frist zu erfolgen hat.

Die Entwaffnungsfrage.

Brüssel, 12. Januar. Die Verhandlungen in der Entwaffnungsfrage machen keine schnellen Fortschritte. Für die Schwierigkeit der Verhandlungen zeugt schon Lord Abernethys häufiger Aufenthalt in London. Einigkeit scheint darüber zu herrschen, daß die Volkswehren in Bayern aufgelöst werden müssen. In der Frage der ostpreussischen Wehren findet ein lebhafter Meinungsaustrausch zwischen England und Frankreich statt. England zieht im Gegensatz zu Frankreich das Argument eines möglichen Sowjetangriffs auf Ostpreußen in Betracht. Der grundsätzliche Ausbleich der Meinungen wird der Konferenz der Ministerpräsidenten vorbehalten bleiben müssen.

Der Austritt Amerikas aus dem Obersten Rat.

Paris, 13. Januar. (U.) Die Völkerverversammlung hat gestern morgen unter dem Vorsitz Cambons eine Sitzung abgehalten. Der amerikanische Völkervertragsrat erklärte zu Beginn der Sitzung, daß seine Regierung, die den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert hat, es nicht für zweckmäßig hält, weiter eine Delegation bei der Konferenz beizubehalten. Der Völkervertragsrat drückte seinen Kollegen seine persön-

liche Sympathie aus. Cambon gab im Namen der Konferenz seinem Bedauern darüber Ausdruck, den amerikanischen Völkervertragsrat zu sehen. Der amerikanische Völkervertragsrat verließ darauf die Konferenz. Die Konferenz hörte sodann einen Bericht über den Gang der Verhandlungen, die in Paris zwischen Polen und Deutschland über den Durchgangsverkehr im polnischen Korridor geführt werden.

Paris, 12. Januar. (U.) Nur zwei Blätter nehmen zum Austritt des amerikanischen Völkervertragsrats aus dem Obersten Rat Stellung, in dem er doch nur zugehört habe. Man betrachtet den Austritt als einen Höflichkeitssatz Wilsons gegenüber Harding, dem er nach seinem Amtsantritt vollständig freie Hand lassen wolle. „Echo de Paris“ bedauert die erneute Forderung des „Siegerverbandes“.

Litauen und der Völkerbund.

Kowno, 13. Januar. (U.) Die in Kowno in russischer Sprache erscheinende Zeitung „Echo“ bringt ein interessantes Interview mit Professor Wolde maras, der eben von Genf, wo er die Interessen Litauens auf der Tagung des Völkerbundes vertreten hat, zurückgekehrt ist. Über einige der aktuellsten Fragen äußerte sich Wolde maras etwa wie folgt:

Der Standpunkt Litauens, das in der Völkerbundstagung gebeten hat, von einer internationalen Besetzung des zwischen Polen und Litauen streitigen Gebiets abzusehen, hat sich nicht geändert. Wir können die Verantwortung für blutige Ereignisse, die sich aus der Besetzung ergeben könnten, nicht übernehmen.

Die Tatsache ist nicht abzuleiten, daß die Aussicht auf Lösung des polnisch-litauischen Konflikts durch den Völkerbund, gegenwärtig auf den Gefrierpunkt gesunken ist.

Wette Kreise in Litauen haben keine Kenntnis von der doppelten Organisation des Völkerbundes, Plenarversammlung und ausführender Rat. Der Rat des Völkerbundes ist nichts weniger als auf demokratischer Grundlage aufgebaut, da nur vier seiner Mitglieder, und zwar die Vertreter der kleineren Staaten, von der Plenarversammlung gewählt werden, während die übrigen ernannt werden.

In der Praxis ist die Bedeutung der Plenarversammlung gleich Null. Der Rat des Völkerbundes wiederum führt die Weisungen aus, die er von den Großen der politischen Welt erhält. Der Völkerbund ist unbedingt als ein verunglücktes Experiment einer internationalen Organisation anzusehen. In seiner gegenwärtigen Zusammensetzung kann er keinen langen Bestand haben. Entweder er zerfällt, oder er muß von Grund auf umorganisiert werden.

Der polnisch-litauische Konflikt illustriert am besten die vollkommene Machtlosigkeit des Völkerbundes. Die polnisch-litauischen Verhandlungen, die bisher in Warschau geführt wurden, haben nach Ansicht von Professor Wolde maras keinerlei Bedeutung. Eine baldige Lösung sei mir von äußeren Ereignissen zu erwarten, die den gordischen Knoten zerhacken. Dabei könnte die Einmischung Sowjetrußlands eine bedeutende Rolle spielen.

Zum Schluß bedauerte Wolde maras, daß an ein nationales Problem mit einem nationalen Maßstab herangegangen werden müßte. Gegenwärtig sei der Weg Litauens recht dornenreich, aber die Zeit sei nicht fern, in der es als Sieger aus allen Prüfungen hervorgehen werde, um zu aufbauender kultureller Arbeit zu schreiten.

Zum Kabinettssturz in Frankreich.

Paris, 13. Januar. (P.M.) Millerand hat die Demission des Kabinetts angenommen. Die Erklärungen, die der Ministerpräsident in der Kammer abgab, blieben auf die Deputierten ohne Eindruck. Legues zog es vor, zurückzutreten, statt KonzeSSIONen zu machen, die seine Autorität beeinträchtigt hätten. Sämtliche Deputierten sind der Meinung, daß die Krise sobald als möglich behoben werden müßte, um die evtl. Verlegung der interalliierten Konferenz zu vermeiden. Man rechnet mit zwei Möglichkeiten: entweder ein Kabinett Berret mit Poincaré, Briand oder Viviani als Minister für auswärtige Angelegenheiten oder, was als vorteilhafter angesehen wird, ein Kabinett Poincaré, Briand oder Viviani als Minister für Auswärtiges und gleichzeitig als Ministerpräsident, um den Chef der neuen Regierung mit den Teilnehmern der Alliierten an der bevorstehenden Konferenz der Staatschefs gleichzustellen.

London, 13. Januar. (U.) Das englische Auswärtige Amt hat die Nachricht vom Sturz des Kabinetts Legues sofort Lord George telephonisch mitgeteilt. Lloyd George hat die im Claridge-Hotel in Paris bereits bestellten Zimmer wieder abbestellen lassen. Man glaubt, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten nicht vor Anfang Februar werde stattfinden können, da vor Sonnabend eine Neubildung des Kabinetts kaum zu erwarten sei.

Republik Polen.

Zur Kabinettskrise.

U. Warschau, 13. Januar. Der dem Staatschef nahe stehende „Narod“ schreibt in seinem Leitartikel, daß es für das gegenwärtige Koalitionskabinett höchste Zeit sei, mit Rücksicht auf die bevorstehende Beschlusfassung über die Konstitution, den Friedensschluß und die oberstelethische Frage ein Kabinett von ausgesprochenem Einheitscharakter zu bilden, das in den für Polen entscheidenden Stunden im In- und Ausland allein genügend Gewicht haben könne.

Damit Polen in der internationalen Diplomatie nicht wieder nur Niederlagen erleide, sei vor allen Dingen notwendig, den Einfluss Paderewskis auf die polnische Auslandspolitik zu unterbinden, die Gesandtschaft in London endlich zu befehlen und in der Besetzung der Berliner Gesandtschaft eine Änderung eintreten zu lassen.

Warschau, 13. Januar. Bei den Abgeordneten der Völkerverversammlung herrscht die Meinung vor, daß der gegenwärtige Augenblick für eine Ministerkrise nicht geeignet sei

und man daher das gegenwärtige Kabinett unterstützen müsse. Der Oberste Rat der Polnischen Volkspartei, der am 1. und 2. d. M. zusammentritt, wird sich in erster Linie mit der Frage des Senats und der Konstitution, ferner mit der Revision des Programms beschäftigen.

Die Bolschewisten und die Kabinettskrise.

Riga, 13. Januar. (U.) In „Rimskis“ kritisiert Marchlewski die innerpolitischen Verhältnisse und schreibt: Ein solcher Stand der Dinge in Polen muß schlechterdings Einfluß auf den Friedensschluß haben. Rußland schließt mit einem Staate Frieden, von dem man nicht weiß, in welchen Händen die Macht morgen liegen wird.

Der Seniorenkongress des Sejm

soll am 16. d. M. und die Kommission für auswärtige Angelegenheiten am 19. Januar zusammentreten.

In einer der nächsten Sitzungen des Sejm wird die Regelung des rechtlichen und politischen Verhältnisses der Polen auf Grund des Rigaer Friedensvertrages zuerkannenen Gebiete beraten werden.

Die Rigaer Friedenskonferenz.

Riga, 13. Januar. (U.) In der Montagssitzung wurden in der redaktionellen Kommission die Artikel, die sich auf die politischen Garantien beziehen, festgelegt. Polen und Sowjetrußland garantieren sich gegenseitig volle Achtung ihrer Souveränität, die Entfaltung von jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse, Agitation, Propaganda und Intervention.

General Haller

ist in Bukarest eingetroffen und vom König in Audienz empfangen worden.

Der Streik der Postangestellten in Warschau ist beendet.

nachdem der Ministerrat den Delegierten des Warschauer Berufsverbandes der Post-, Telephon- und Telegraphen-Angestellten auf ihre Forderungen eine befriedigende Erklärung gegeben, andererseits die streikenden Beamten, falls sie nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen würden, mit Entlassung gedroht hatte.

In Kattisch, Kielec und Czestochau dauert der Streik auf den Telephonämtern an.

Der Eisenbahnerkongress in Warschau

erhielt auf seine Forderungen von der Regierung die Antwort, daß die Regierung zwar die gelegentlich des Oktoberstreiks vom vorigen Eisenbahnminister Dr. Bartel unterzeichneten 24 Punkte (sie behandeln Verpflegungs- und Gehaltsfragen) anerkennen wolle, für ihre Durchführung aber nicht den 1. Januar 1920 als Stichtag gelten lasse und auch an einen anderen Termin sich nicht binden könne. Der Kongress nannte diese Erklärung völlig unzureichend, sagte aber trotzdem keinen Streikbeschluss, sondern forderte die Ortsgruppen auf, sich in kürzester Zeit für oder gegen den Streik zu erklären. Der geschäftsführende Ausschuss werde dann spätestens am 1. Februar die Entscheidung fällen.

Warschau, 13. Januar. Gestern nachmittag sind die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten in den Streik getreten. Sie haben Forderungen wirtschaftlicher Natur gestellt.

Deutsches Reich.

Beschlimmerung im Befinden der deutschen Kaiserin.

Aus Schloß Doorn wird folgender Bericht über das Befinden der ehemaligen deutschen Kaiserin vom 11. Januar ausgegeben: Das körperliche Widerstandsvermögen vermindert sich langsam, aber stetig; die Zunahme der Blutstauungen führt zu stärkeren Benommenheiten. Der Zustand ist als sehr ernst zu betrachten.

Die deutsche Note über die Lage in Oberschlesien.

Die halbamtliche Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet den hauptsächlichsten Inhalt der gestern von uns erwähnten neuen deutschen Note an die Völkervertragskonferenz und an die Regierungen in London, Paris und Rom. Nach der Wiedergabe der Polnischen Telegraphen-Agentur heißt es in der Note:

Seit dem polnischen Januaraufstand sind die Zustände an der südlichen und östlichen Grenze Oberschlesiens nicht mehr zu ertragen. Unerhörte Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten kommen dauernd vor. Die Polen rufen einen politischen Terror in allen möglichen Formen hervor. Wenn eine normale Volksabstimmung vorgenommen werden soll, so muß die deutsche Regierung erwarten, daß die Entente hier helfend einschreitet und zwar mit der allergrößten Eile und Energie. Die deutsche Regierung muß die Ursachen dieser traurigen Lage in den unzureichenden Anordnungen der interalliierten Kommission erblicken. Die Ungewißheit der Lage kann durch die Schlichtung der östlichen und südlichen Grenzen einerseits und die Verhängung des Belagerungszustandes andererseits wirksam behoben werden.

Fürst Bülow als Kandidat für die Reichspräsidentenschaft.

Die Tatsache ist richtig, daß von namhaften Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei eine Kandidatur des Fürsten Bülow für die Wahl des Reichspräsidenten geplant werde und die Zustimmung des Fürsten in Aussicht stehe. Jedoch ist, wie uns dazu aus Berlin geschrieben wird, die vorzeitige Veröffentlichung um so weniger im Interesse der Kandidatur des Fürsten Bülow gelegen, als im Lager der Deutschen Volkspartei selbst ganz erhebliche grundsätzliche Bedenken gegen diese bestehen, die sich kaum als überwindlich erweisen dürften, ganz abgesehen davon, daß von den übrigen bürgerlichen Parteien wenig Neigung für Bülow besteht. Die hauptsächlichsten Bedenken richten sich einerseits gegen die Stellung Fürst Bülows zur wilhelminischen Politik, andererseits gegen sein hohes Lebensalter.

Im Hauptansatz des Reichstages

Kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem preussischen Minister Braun und dem Reichsminister Koch in der Siedlungsfrage. Koch erklärte, daß er mit dem, was

Braun von seinem marxistischen Standpunkt aus nie, nicht zufrieden sein könne. Zwischen ihnen beiden Klasse ein großer Unterschied.

Eine Einschränkung des Personenverkehrs

auf den deutschen Eisenbahnen wegen Kohlenmangels gilt als nicht ausgeschlossen.

Uebrigcs Ausland.

Die Propaganda des Kaisers Karl.

Die Pariser Presse spricht von einer bevorstehenden Reise des Kaisers Karl nach Ungarn. Die Propaganda, die von habsburgischer Seite getrieben wird, trägt einen ausgesprochen deutschfeindlichen Charakter. So äußerte sich kürzlich eine Persönlichkeit aus der Umgebung des Kaisers in einer Unterredung mit dem Genfer Vertreter des Pariser „Journal“, daß der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich nur dadurch endgültig verhindert werden könne, daß Kaiser Karl wieder auf den ungarischen Thron gelange.

Frankösische Notstandsanhilfe für Österreich.

Wien, 18. Januar. (N.) Die große Hilfsaktion für Österreich ist zu einer Notstandsanhilfe Frankreichs zusammengeschlossen. Frankreich wird Österreich 150—200 Millionen französische Franken vorstehen, die für die Lebensmittelversorgung für 5—6 Monate ausreichen sollen.

Streik der Postangestellten in Österreich.

Wien, 18. Januar. (N.) Gestern abend begann hier der durch den sozialistisch-demokratischen Verband proklamierte Streik der Postbediensteten. Sofern ihre Forderungen nicht bis Donnerstag abend bewilligt werden, wollen auch die Telegraphen- und Telephonbeamten in den Ausstand treten. 24 Prozent der Angestellten, nämlich die Deutschnationalen und Christlich-Sozialen, erklärten sich arbeitswillig.

Josse leugnet Offensivabsichten.

Einem Vertreter der lettischen Telegraphen-Agentur gegenüber erklärte Josse, daß alle Nachrichten von Offensivabsichten Sowjetrusslands gegen die benachbarten Länder auf bösen Willen der Verbreiter zurückzuführen seien. In Zukunft werde Sowjetrussland von der friedlichen Arbeit nur dann zum Kriege übergehen, wenn er ihm aufgezungen werde.

Diese Erklärung ist schlecht zu vereinbaren mit neuen Königsberger Meldungen von bedeutenden Truppenzusammenziehungen an der polnischen Grenze, die ein weiteres Vordringen systematisch vorbereiten.

Lenin soll tot sein.

Zum wievielten Male nun schon? Nach Paris ist aus Moskau die Meldung gekommen von dem Tode „Karpows“. Karpow ist das ehemalige Pseudonym Lenins. Die deutschen Ärzte, die nach Moskau berufen wurden, seien nach Berlin zurückgekehrt, ehe sie die Grenze erreicht hätten. „Matin“ weiß von einer schweren Erkrankung des russischen Diktators und einer Operation durch die deutschen Ärzte zu berichten. Doch könne noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, daß Lenin gestorben sei, aber es sei wahrscheinlich.

Nach einer Meldung der N.A. aus Moskau ist der Vorsitzende der englischen Kommission in Moskau ermordet worden.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Bernberg, 12. Januar. (N.) Nach Nachrichten aus der Ukraine haben die antibolschewistischen Aufständischen an einigen Punkten schwere Niederlagen durch die Sowjettruppen erlitten. Kobolow wurde nach erbittertem Kampf von den Roten Abteilungen zurückerobert und 365 Gegenrevolutionäre gefangen genommen und erschossen.

Belgrad, 13. Januar. (N.) Die aufständischen ukrainischen Bauern schlugen die bolschewistischen Truppen in Elisabethgrad bei Kiew.

Bernberg, 13. Januar. (N.) Nach einer Meldung des Stabes in Kiew ist die ganze Dnjeprrlinie von Kiew bis Cherson von den Aufständischen besetzt.

Stadtverordnetenversammlung zu Bromberg.

Sitzung vom 13. Januar.

Die gestrige Sitzung, die erste in diesem Jahre, unterschied sich von den vorjährigen Sitzungen nur in einem Punkte. Sie nahm programmäßig ihren Anfang, während die früheren erst geraume Zeit nach der festgesetzten Stunde begannen. Im übrigen zogen die üblichen Redebewegungen einzelner Mitglieder des Kollegiums die Sitzung derart in die Länge, daß ein großer Teil der Stadtverordneten die Versammlung noch vor Eintritt in die Tagesordnung verließ. Da sich die Versammlung mit dem geschäftlichen Teil nahezu zwei Stunden beschäftigte, trat man an die Erledigung der Tagesordnung erst gegen 7 Uhr heran. Die Tagesordnung selbst, die mehr als 30 Punkte aufwies, wurde in einer knappen Viertelstunde erledigt. Der weitaus größte Teil der Magistratsvorlagen wurde angenommen, das Protokoll wird die Annahme bestätigen. Daß aber die Versammlung bei Eintritt in die Tagesordnung nicht mehr beschlußfähig war, scheint niemand bemerkt zu haben. Man hat also wieder reichlich leeres Stroh gedroschen.

Aus dem Bromberger Musikleben.

Arien- und Niederabend Carlotta Gause.

Gestern abend versammelten sich die Musikfreunde in Wiederts Gäßchen, um einen lieben Gast aus Deutschland, ein Kind unserer Stadt, wieder zu begrüßen. Carlotta Gause, die begabte Tochter eines bekannten Bromberger Bürgers, ließ sich nicht nehmen, gelegentlich eines Besuches bei ihren Verwandten, denen, die damals Interesse für ihre Anlagen zeigten, eine Probe ihres heutigen Könnens abzugeben. Gefüllt war der Saal bis auf den letzten Platz, denn wir Bromberger sind nicht wenig stolz darauf, daß aus den Mauern unserer Stadt so mancher Künstler hinausgezogen ist und sich einen Namen in der Welt gemacht hat. Fräulein Gause hat uns gestern bewiesen, daß sie auf dem besten Wege ist, ein Stern am Himmel deutscher Bühnenkunst zu werden. Denn sie hat das Zeug dazu. Wir haben als jahrelange Beobachter des Kunstlebens in deutschen und ausländischen Plätzen ein klein wenig Urteil darüber, wer etwas zu bieten hat. Fräulein Gause ist mehr als eine Sängerin des Konzertsaals. Ihre bisherigen kurzen Engagements auf deutschen Bühnen mögen ihr noch nicht genügend Gelegenheit gegeben haben, die Aufmerksamkeit der Talentsucher auf sich gelenkt zu haben. Gestern hätte ein Leo Stein hier sein sollen. Gestern hätten wir eine Stimme von einwandfreiem Wohlklang und feinkster Schulung. Die Straußlieder „Ich trage meine Minne“, „All mein Gedanke“, „Zu-eignung“ erweckten das Interesse der auch nur aus konventionellen Rücksichten gekommenen. Dann kam die Toska-Arie aus Puccinis Oper. Das war Bühnengelage, diskret und mächtig zugleich. Fräulein Gause sang dann noch Nieder von Reger und Mahler mit feinem

Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden mit der Mitteilung eröffnet, daß statutenmäßig mit Ablauf des Jahres

die Neuwahl des Vorstandes

vorgenommen werden müsse. Die durch Stimmzettel vorgenommene Wahl zeitigte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Dr. Bigiel, Stellvertreter Kaufmann Milgert, zweiter Stellvertreter Fabrikbesitzer Korth. In Schriftführern wurden gewählt die Stadtverordneten Wenmann und Dzielko. Aus der Wahl des Protokollführers ging der Stadtschreiber Kozłowski hervor (Magistratssekretär Weber, der bisher das Protokoll führte, hat infolge Arbeitsüberbürdung sein Amt niedergelegt).

Die Redoute im Stadttheater.

Die am Silvesterabend zugunsten des Stadttheaterpersonals stattfindende, gab dem Stadt. Sektowski Veranlassung zu einer Anfrage an den Magistrat, ob die Stadt zu den Unkosten etwas beigetragen habe. Vom Magistratsstische aus wurde erklärt, daß die Genehmigung zu der Veranstaltung ohne weiteres erteilt worden sei, weil ein Silvesterball in Polen Sitte ist. Maßgebend für die Genehmigung war auch der Umstand, daß ein Beitrag zur Gründung eines Schauspielers hergegeben werden sollte. Der Rest wurde an die Schauspieler verteilt, deren niedrigste Gage 3000 Mark monatlich betrage, so daß die Künstler ohne Schuhe und Stiefel herumlaufen müßten. Das Fest habe etwa 100 000 Mark eingebracht, die Stadt habe nur die Mehrkosten für das Licht — etwa 4000—5000 Mark — beigetragen.

Eine längere Aussprache löste eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung Brombergs

aus. Der Interpellant beklagte sich darüber, daß die Schweinefleischpreise ins Unermessene steigen. Die Arbeiterfamilien seien nicht in der Lage, Fleisch zu kaufen. Mit Tränen in den Augen ständen die Frauen vor den Fleischläden. Die Milch werde im Schleichhandel abgesetzt, und die Butter koste bis zu 150 Mark das Pfund. Die Konfervenfabrik stellt Konerven in Massen her, sie zähle für Schlachtvieh die höchsten Preise, was für die Preisnotierung von großem Einfluß sei. Fleisch habe es hier genug gegeben, um größere Preise zu erzielen, sei es erst jetzt verkauft worden. Verlangen müsse man die sofortige Schließung der Konfervenfabrik. — Der Stadtpräsident erwiderte, daß wegen der Konfervenfabrik bereits entsprechende Schritte beim Ministerium unternommen worden seien, ein Bescheid sei jedoch bis heute nicht eingegangen. Die Forderung herrsche nicht allein in unserem Gebiet und in ganz Polen, sondern in der ganzen Welt. Es sei aber eine eigenartige Erscheinung, daß die Preise für Schweinefleisch so in die Höhe gegangen sind, seitdem der Höchstpreis hierfür aufgehoben worden ist. Rind- und Kalbfleisch, für das noch Höchstpreise bestehen, sei überhaupt nicht zu haben. Hier kann, so fuhr der Stadtpräsident fort, nur die Regierung eingreifen, ferner kann nur der Kampf mit uns selbst Hilfe bringen. Das Bestreben der meisten Leute geht heute nur darauf hinaus, sich die Taschen zu füllen, Rücksicht auf den Nächsten wird nicht genommen. Wenn wir auf diesem Wege fortfahren, so werden wir nicht das Polen haben, das wir herbeigehnten. Der Stadtpräsident schloß mit einem Appell an alle Berufskreise, die christliche Nächstenliebe wieder in den Vordergrund ihrer Lebensauffassung zu rücken. — Zu diesem Punkte sprachen noch mehrere Stadtverordnete, die Reden gipfelten in der Forderung auf Schließung der Konfervenfabrik.

Schier endlos war die Aussprache über die

Besetzung der polnischen Embleme in den Schulen.

ein Thema, das schon in der letzten Sitzung den Gegenstand langwieriger Erörterungen bildete. Der Gang der Untersuchung der Vorkommnisse im Lyzeum hat den Stadtv. Wojciechowski nicht befriedigt. Er fordert die sofortige Entfernung des Rektors sowie die Befragung der Lehrer und Schülerinnen. Neuerdings seien auch in der Karlschule und in der mittleren Mädchenschule die Embleme beschädigt bzw. vernichtet worden. Auch in diesem Falle müsse mit aller Strenge gegen die Schuldigen vorgegangen werden. Ein anderer Stadtverordneter verlangt auch die Befragung der Eltern, die in diesem Falle, ebenso wie beim damaligen Schulkstreik, genau von dem Vorhaben ihrer Kinder unterrichtet worden sein dürften. Stadtrat Filipiak erklärte, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei und daß ohne Posen von hier aus nichts unternommen werden könne. Im Lyzeum habe man die schuldigen Schülerinnen nicht ermitteln können, dafür hat aber die ganze Klasse büßen müssen; sie habe das vernichtete Emblem wieder beschafft und sei außerdem mit Arrest bestraft worden. Jedenfalls solle man zu ihm das Vertrauen haben, daß er die Angelegenheit mit aller Strenge untersuchen werde. Man einigte sich schließlich dahin, die Schuldeputation zu beauftragen, zur Beschleunigung der Untersuchung sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Ein weitere Anfrage betraf einen Fall von Steuerflucht.

Der Fleischermeister Kochanski, der sich Viktoriastraße 6 ein Haus gekauft hatte, hat dieses sowie sein Mobiliar weiter verkauft, ohne die Umsatzsteuer im Betrage von 200 000 Mark entrichtet zu haben. Er ist dann nach Deutschland verzogen. Vom Magistratsstische aus wurde dieser Fall bestätigt, gleichzeitig aber betont, daß Kochanski hier noch einige Forderungen hat, die zugunsten der Stadtkasse

beschlagnahmt wurden. Einen Paß oder sonstige Ausreise-papiere habe Kochanski nicht erhalten, er sei bei Koblenz über die Grenze ausgereist. Es sei festgestellt worden, daß bei Koblenz und Wiffl die Grenzüberwachung viel zu wünschen übrig lasse. Die zuständigen Stellen seien darauf hingewiesen worden.

In Erledigung der

Tagesordnung

teilte der Vorsteher mit, daß Assessor Dr. Damerow seine Stellung beim hiesigen Magistrat aufgegeben und der Stadt. Jan Cymianski sein Mandat niedergelegt habe. Bewilligt wurden 30 000 Mark zur Beschaffung neuer Dekorationen und Kostüme für das hiesige polnische Stadttheater, 50 000 Mark für Schuh und Hülse der Stadt Wilna, 200 000 Mark zur Bewirtung der im Winterlager in Bromberg untergebrachten Truppen, 50 000 Mark zum Empfang der Repräsentanten der in Bromberg untergebrachten Truppen und 5000 Mark zur Ausschmückung der Stadt aus Anlaß des Jahrestages der Übernahme Brombergs durch die polnische Regierung und die polnischen Truppen. Nach Vertagung mehrerer Haushaltspläne erklärte sich die Versammlung mit der neuen Luftfahrtssteuerordnung, nach welcher die Kinematographensteuer auf 3 Proz. erhöht wird, einverstanden, desgleichen mit der Neufestsetzung der Beiträge von Ruhegehaltern usw. Die Magistratsanträge auf Einführung einer Steuer für Grammophone und einer Betriebsöffnungssteuer wurden vertagt. Es folgte eine geheime Sitzung.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 14. Januar.

Der Ackerbau in Kongresspolen.

Die polnische Landwirtschaft in Kongresspolen steht heute auf einer viel niedrigeren Stufe als vor dem Kriege. Die Technik in der Landwirtschaft ist im Jahrzehnte zurückgeblieben. Die Bodenbearbeitung, die Verwendung von Maschinen, Anwendung von Kunstdüngern, die Kultur von edleren Pflanzen — alles das steht hier auf überaus niedriger Stufe. Kein Wunder, daß die Ernten so viel zu wünschen übrig lassen. Weite Gebiete des Landes liegen brach; alles, was zu ihrer Bearbeitung getan wird, ist so unbedeutend und wenig zweckentsprechend, daß auch im Jahre 1921 kaum zu erwarten ist, daß aller anbaufähige Boden unter dem Pfluge sein wird. In klimatischer Hinsicht liegt das vergangene Jahr nicht viel zu wünschen übrig. Beigleich die Frühlingsfröste im Jahre 1919 beschädigten etwas den Winterroggen, der Frühling und der Sommer begünstigten dagegen den Pflanzenwuchs außerordentlich. Auch die Kartoffeln brachten eine gute Ernte. Die bolschewistische Invasion, die das Land während der Ernte heimsuchte, verübte das Gebiet der Früchte eines großen Landstriches. Ferner raubte sie dem Lande eine große Menge Pferde und Vieh, unter welchem von den Bolschewisten der Milzbrand verbreitet wurde. Die Schweinegucht dagegen machte dank der guten Kartoffelernte bedeutende Fortschritte. Die Vorbereitungen zur Einführung der Landreform wurden beendet. Die Aufteilung von großen Gütern und Errichtung von kleinen Bauernhöfen hat bereits begonnen. Die Durchführung der Reform hemmt jedoch in bedeutendem Maße der Mangel an Landmessern und die Schwierigkeiten, die bei der Verfertigung der neuen Wirtschaften mit Gebäuden und lebendem und totem Inventar entstehen.

Die Zigarettenpreise in Graudenz.

In einer Konferenz der Graudenz Kaufmannschaft aus der Tabakbranche wurde im Einverständnis mit dem Wucheramt folgendes beschlossen: Zigaretten, die vor Aufhebung der Höchstpreise eingekauft wurden, können mit einem Aufschlag von 33 Prozent zum Bezugspreis verkauft werden. Infolgedessen dürfen für diese Zigaretten nachstehende Preise genommen werden:

Statt bisher 50 Pf. jetzt 60 Pf., statt bis 60 Pf. jetzt 70 Pf., statt bisher 70 Pf. jetzt 80 Pf., statt bisher 80 Pf. und 85 Pf. jetzt 100 Pf., statt bisher 90 Pf. jetzt 110 Pf.

Außerdem wurde, um dem Schleichhandel entgegenzutreten, beschlossen, nicht mehr als 20 Stück an eine Person täglich zu verkaufen. Das Wucheramt wird die obengenannten Preise für Zigaretten, die vor der Aufhebung der Höchstpreise eingekauft wurden, als angemessen betrachten.

Jede Übertretung der Verordnung wird als Wucher angesehen (B. R. V. vom 8. 5. 18). Gleichgültig weist das Wucheramt darauf hin, daß jede Zurückhaltung der alten Bestände zum Zwecke der Preistreiberi nach § 1 Ziff. 3 der obengenannten B. R. V. bestraft wird.

Es wäre erwünscht, wenn auch das Bromberger Wucheramt sich mit den Mißbräuchen im Handel mit Zigaretten befassen wollte.

8 Auszeichnung. Dem ehemaligen Unteroffizier Georg Wedler, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse und des Verwundetenabzeichens, Sohn des Besitzers Oskar Wedler in Ober-Strelitz, ist von der Preussischen Regierung die Rote Kreuzmedaille 3. Klasse verliehen worden.

Verständnis gerade für den ausdrucksvollen Vortrag dieser modernen Tonhörsungen. Erwähnen wir noch, daß die eingangs gesungene Tannhäuserarie der Elisabeth mit prächtigen Wohlklang vorgetragen wurde und daß Herr Professor Emil Bergmann vom Konservatorium wie immer meisterhaft begleitete und selbst Klavierpoliz vortrug, so wird man unseren Wunsch und unsere Bitte verstehen: gern möchten wir eine Wiederholung des gestrigen Konzerts vielleicht auf der „Deutschen Bühne“ erleben, um noch einmal denen, die gestern keinen Platz fanden, Freude zu machen.

Die sieben mageren Jahre.

Bei einer ganzen Anzahl biblischer Geschichten, die man oft als Sagen angesehen hatte, ist es durch glückliche Funde in Ägypten und Babylon gelungen, die geschichtliche Grundlage nachzuweisen, und das ist heute nicht nur eine Erzählung von Pharos Traum der Fall zu sein. Die Geschichte von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren erzählt eine überraschende Beleuchtung durch einen Hieroglyphenfund, den man vor einiger Zeit gemacht hat. Die Hieroglyphen enthalten einen historischen Bericht über die sieben Hungerjahre, die Joseph, der Bibel zufolge, aus Pharos Traum geweissagt hatte. Bisher hatte man keinen glaubwürdigen Bericht über die Missernten und die ihnen gefolgte Hungersnot, außer dem, was die Bibel darüber erzählt. Wohl hatte man Überreste von Getreidevorräten gefunden, über deren Herkunft man nicht wußte; das war aber auch alles. Aus den Inschriften, die Prof. Brugsch jetzt hat entziffern können, geht jedoch klar hervor, daß die bib-

lische Erzählung ein treuer Bericht dessen ist, was sich wirklich ereignet hat.

Die Hieroglyphen erzählen, daß der Nil sieben Jahre hintereinander das Land überflutete, so daß die Ernte vollständig fehlgeschlug, wodurch große Hungersnot und allgemeines Leiden im Lande entstand. Auch die Zeitangabe der Bibel stimmt mit dem Hieroglyphenbericht überein. Man hatte bisher angenommen, daß die sieben Mißwachs- und Hungerjahre etwa um 1700 v. Chr. zu Ende gegangen seien, aber diese Annahme wurde von verschiedenen Seiten stark in Zweifel gezogen. Jetzt erhält man indessen aus den ägyptischen Inschriften die Bestätigung. Nach der Bibel ist Joseph etwa im Jahre 1720 v. Chr. nach Ägypten gekommen. Dann ließ er einige Zeit im Gefängnis, bis er die beiden Hölflinge des Pharos, den Mundschenk und den Koch, kennenlernte. Er deutete ihnen, wie die Bibel erzählt, ihre Träume und bat den Mundschenk, ihn nicht zu vergessen, wenn es ihm wohlgehe. Und so geschah es. Wahrscheinlich war es im Jahre 1715 v. Chr., als Joseph zum Pharos gerufen wurde, um ihn seinen Traum zu deuten, worauf ihm dieser die Tochter des Vizekanzlers der Priesterschule von Heliopolis zur Frau gab. Dann ließ er in den folgenden sieben Jahren des Überflusses die Getreidevorräte aufhäufen, in denen er allen Überfluß an Korn sammelte. Darauf kamen die sieben Mißwachs- und Hungerjahre. Der ägyptische Bericht hierüber ist es, den Brugsch entdeckt hat. Nach der biblischen Erzählung endeten die sieben fetten Jahre 1706 v. Chr., und im Jahre darauf, 1707, begaben sich die Söhne Jakobs nach Ägypten, um Getreide zu kaufen. 1706 v. Chr. ließ sich die ganze Familie Jakobs in Gosen nieder, und erst 1700 v. Chr. waren die sieben mageren Jahre zu Ende. Die biblische Erzählung und die ägyptischen Inschriften stimmen also vollkommen miteinander überein.

§ Das Hauptzollamt in Thorn wurde in ein staatliches Schatzamt für Altsilber und Monopole (Urząd Skarbowy Altsilber i Monopoli) umgewandelt und der pommerellischen Schatzkammer in Graudenz unmittelbar unterstellt. Das Schatzamt in Thorn wird das Gebiet der Stadt Thorn, des Landkreises Thorn sowie die Kreise Culm und Briesen umfassen.

§ Von Auswanderern wird jetzt bei der Auswanderung die Hinterlegung eines großen Teiles des Vermögens gefordert. Die Steuerbehörde verlangt ferner die Benennung eines Bevollmächtigten, der zur Verfügung über dieses hinterlegte Vermögen berechtigt ist. Die Kreuzung in Polen übernimmt derartige Vollmachten gegen mäßiges Entgelt.

§ Das Brieporto im Anlandsverkehr. Mit dem 1. Februar soll das internationale Brieporto, das durch den internationalen Postkongress in Madrid festgelegt wurde, eingeführt werden. Das Porto soll 50 französische Centimes betragen.

§ Die Umrechnung der österreichischen Kronen. Im Warschauer Ministerium ist ein Gesetzentwurf über die neue Umrechnung der österreichischen Kronen ausgearbeitet worden. Es hat sich herausgestellt, daß die jetzige Umrechnung im Verhältnis von 100 zu 70 nicht praktisch sei. Das Ministerium hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß den österreichischen Kronen derselbe Kurzwert gegeben werden müsse, wie ihn die polnische Mark habe.

§ In der Frage der Devisenordnung ist der Industrie- und Handelskammer in Bromberg auf deren Eingabe vom Finanzministerium der Bescheid zugunsten, daß sich gegenwärtig der Entwurf zu einer Abänderung der Verordnung über Beschränkung des Verkehrs mit Devisen und ausländischen Valuten in Bearbeitung befindet und die neue Verordnung in Kürze veröffentlicht wird.

§ Tarifverträge. Wie vom Kriegsgericht Posen mitgeteilt wird, soll in den Gewerbegerichtsachen einer hiesigen Firma die Vernehmung der Departementschefs darüber, ob am 23. September 1920 ein Tarifvertrag abgeschlossen oder nur ein Beschluß der Lohnkommission gefaßt worden ist, am 22. Januar 1921 erfolgen. Als bald nach Eingang des Verhandlungsprotokolls werden sämtliche beim Gewerbegericht hierseits anhängig gemachten Klagen, welche den neuen Lohnsatz betreffen, verhandelt, und Urteile nach Lage der Sache veröffentlicht werden.

* Der Arbeitgeberverband für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen gibt hiermit seinen Mitgliedern folgenden Bescheid: Bei der Schlussverhandlung am 11. Januar 1921 wurden zwischen dem Jednoczenie Producentów Rolnych und dem Arbeitgeberverband einerseits und dem Jednoczenie Zawodowców Polscy andererseits nachstehende Feuerungsbezüge zu den ab 1. Juli 1920 geltenden Barlöhnen vereinbart: 1. Sämtliche Deputanten und die hiesigen, d. h. ortszugehörigen Saisonarbeiter erhalten zum Barlohn einen Feuerungsbezug von 60 Prozent (schätzungsweise) zahlbar ab 1. Dezember 1920, 2. Die Häusler erhalten zum Barlohn einen Feuerungsbezug von 80 Prozent (achtzig Prozent) zahlbar ab 1. Dezember 1920, 3. Sämtliche Scharwerker erhalten ab 1. Januar 1921 zahlbar 80 Prozent (achtzig Prozent) Feuerungsbezug zum Barlohn.

§ Die religiösen Vorträge. Die Missionsinspektor Beyer an jedem Abend im Evang. Gemeindehause hält, haben bisher unter lebhafter Teilnahme weiter Kreise das religiöse Leben der einzelnen behandelt und werden am Freitag die Auswirkung auf das Leben der Gemeinde, am Sonntag die auf das Leben der Wälder zum Gegenstand haben. Am Sonnabend findet ein Vortrag über „wahre Männlichkeit“ statt, zu dem nur Männer und Jünglinge Zutritt haben. Am Sonntag, mittags 12 Uhr, hält Missionsinspektor Beyer in der Paulskirche für Schüler und Schülerinnen aller Schulen einen Missionsgottesdienst ab. Die Kindergottesdienste fallen deshalb aus.

Kursbericht

* Danzig, 13. Januar. (P.M.). Der Kurs der polnischen Mark betrug in Danzig in den Vormittagsstunden 6½ und stieg auf 8, um dann auf 6½ zu fallen. Mittags fand der Kurs auf 7 bis 7½, Überweisung Warschau 5½ bis 6½. Dollars wurden in Danzig mit 67 bis 68½, ein Pfund Sterling mit 253 bis 256 notiert.

* Warschau, 13. Januar. Börsenbericht der Warschauer Börse: Warenrubel zu 500 Einkauf 455, Verkauf 475. Dumasrubel zu 1000 Einkauf 124, 110 bis 115, zu 250 85. Dollars der Vereinigten Staaten Einkauf 750, Verkauf 815. Kanadische Dollars Einkauf 600, Verkauf 650. Französische Franken Einkauf 48,60, Verkauf 51. Belgische Franken Einkauf 50, Verkauf 54. Schweizer Franken Einkauf 115, Verkauf 125. Ein Pfund Sterling Einkauf 2000, Verkauf 3080. Deutsche Mark Einkauf 1100, Verkauf 1200. Österreichische Kronen Einkauf 112, Verkauf 122. Tschechoslowakische Kronen Einkauf 880, Verkauf 960. Schwedische Kronen Einkauf 162, Verkauf 175. Dänische Kronen Einkauf 123, Verkauf 134. Norwegische Kronen Einkauf 129, Verkauf 140. Rumänische Lei Einkauf 10,50, Verkauf 11,30. Italienische Liras Einkauf 26, Verkauf 28. Finnische Mark Einkauf 21, Verkauf 22,50. Überweisung 23-24,60. Holländische Gulden Einkauf 250, Verkauf 272,50.

Kauf 21, Verkauf 22,50. Überweisung 23-24,60. Holländische Gulden Einkauf 250, Verkauf 272,50.

* Jadowronka, 12. Januar. In der Nacht zum Montag wurden durch sechs Banditen 30 Stück Jungvieh aus dem Stall des Rittergutes Jadowronka gestohlen. Die Verfolgung der Diebe wurde gleich aufgenommen, und das Jungvieh konnte im Walde bei Kaisertrun wieder eingefangen werden.

* Posen, 13. Januar. (P.M.). In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung brachte der Stadtverordnete Kiszynski einen Antrag ein, in welchem der Magistrat ersucht wird, beim Ministerium für das ehemalige preussische Teilgebiet die Aufhebung der Verordnung des Obersten Volksrats in der Frage der Zulassung der deutschen Sprache bei den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlungen zu erwirken. Der Antragsteller fordert, daß die Verhandlungen lediglich in polnischer Sprache geführt werden. — Gekoren fanden in Gegenwart der Vertreter des Departements für Arbeit Verhandlungen zwischen der Kommission der freien und unfreien Arbeiter und dem Komitee der Verbände der Arbeiter statt. Die Delegierten der Streikenden forderten eine Lohnerhöhung von 100 Prozent und erklärten, daß sie von dieser Forderung nicht abgehen würden. Infolgedessen ist es zu einer Einigung nicht gekommen.

* Posen (Pagan), 13. Januar. Am ersten Weihnachtstfeiertag war in einer Wohnung der Alje Marcinkowskiego (früher Wilhelmstraße) ein schwerer Einbruch verübt worden, bei dem hauptsächlich Silbergegenstände im Werte von 200 000 Mark gestohlen wurden. Als Täter hat jetzt die Kriminalpolizei einen Monteur Martin Jazaykowski und als seinen Helfershelfer einen gewissen Thomas Bartkowiak, beide aus dem Kreise Samter, verhaftet und den größeren Teil der geraubten Beute wieder herbeigebracht. Gleichfalls ermittelt hat die Kriminalpolizei die Einbrecher, die in der vergangenen Woche bei dem Kaufmann Insekt, Starzyński 77/78 (früher Alter Markt), für 400 000 Mark Pelze und Anzüge gestohlen hatten. Es sind dies Stefan Ponomica, Walenty Szczępaniak und Josef Plaskowski, sämtlich aus Posen. Auch die geraubten Sachen sind verstreut reiflos aufgefunden worden.

* Reustadt (Bieschewo), 11. Januar. Bei einer Geburtstagsfeier in Bantin, Kr. Reustadt, wurde die 41jährige Ehefrau des Lehrers Schütz aus Oliva von einem Herzschock getroffen. Sie starb sofort an Ort und Stelle. Die Verlebte hinterläßt fünf unmündige Kinder.

* Thorn (Toruń), 13. Januar. Hier hat sich eine deutsche Eheatergesellschaft gebildet, die auch den polnischen Bürgern deutscher Sprache Gelegenheit bieten will, sich theatralischen Genüssen hinzugeben. Die Vorarbeiten haben bereits begonnen, so daß die erste Vorstellung, eine Operette, schon im nächsten Monat stattfinden wird.

* Thorn (Toruń), 12. Januar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in den Geschäftsräumen von Schenkel u. Sandelowski ein und stahlen Bekleidungsstücke und Pelze im Werte von ungefähr 150 000 Mark. Ein weiterer Einbruch wurde in dem Geschäftshause Seelig in der Breitestraße verübt. Geraubt wurden hauptsächlich Seidenstoffe, deren Wert auf mindestens 200 000 Mark geschätzt wird.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Stargard i. Pom., 12. Januar. In Sassenhagen bei Stargard i. Pom. wurde der Hofbesitzer Ferdinand Lemke aus dem Hause gelockt und erschossen, seine hingerichtete Gattin am Arm verletzt. Die Räuber entkamen.

Aus dem Freistaat Danzig.

* Zoppot, 11. Januar. Durch Unvorsichtigkeit eines Beamten der Sicherheitspolizei wurde in einem Lokal in der Pommerellenstraße der Bahnsteigkassierer Palinske erschossen. Der Sicherheitsbeamte zog im Scherz seinen geladenen Revolver, plötzlich krachte ein Schuß, dessen Kugel den Bahnsteigkassierer in den Unterleib traf. Der Verletzte starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

* Zoppot, 11. Januar. Der große Gold- und Silberwaren-Diebstahl, der kürzlich beim Juwelier Donsee ausgeführt wurde, hat jetzt seine Aufklärung gefunden durch die Ermittlung von drei Personen, die sich in Danzig aufhielten. Einer der Einbrecher ist bereits im Rathaus gefangen und zwei der Täter konnten aus dem Zoppoter Gerichtshaus mit Hilfe eines Dritten entfliehen. Der Verbleibene erhielt entwendete Gegenstände im Werte von 60 000 Mark zurück.

Aus dem Gerichtssaale.

z. B. Bromberg, 13. Januar. Vor der hiesigen verkärten Strafkammer (Schwurgericht) ist wegen Diebstahls am 24. Dezember 1920 die Uhrmacherin Sophie Fritsch geb. Cieszyńska von hier zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Die Frau hatte im Oktober 1920 ihren Ehemann ermordet. Gegen dieses Urteil hat jetzt die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Vermischtes.

* „Todesfällen“ der Großstadt. Die modernen Großstädte sind zumeist mit einem Netz breiter bequemer Straßen umgeben, die von allen Seiten an den äußeren Gürtel heranführen, und auch im Herzen der Stadt hat man dafür gesorgt, daß der große hier zusammenströmende Verkehr sich auf geräumigen Straßen und Plätzen entfalten kann. In dem Zentrenraum gibt es aber, besonders bei Städten, die auf eine uralte Geschichte zurückblicken, noch viele winzige Gassen, vorspringende Ecken, gefährliche Kreuzungen. Das sind die eigentlichen „Todesfällen“ der Großstadt, die alljährlich ihre Opfer fordern. Welch eine furchtbare Ernte diese „Todesfällen“ in einer modernen Großstadt halten, dafür ist London das beste Beispiel. Die Zahl der bei Straßenunfällen Getöteten betrug 1905 172, die der Verletzten 11 688. 1910 war die Summe der Getöteten auf 388, die der Verletzten auf 17 560 angewachsen, und 1915 gar die Zahl der Toten auf 847, die der Verletzten auf 26 487. Die Opfer der „Todesfällen“ haben sich also in zehn Jahren vervielfacht.

* Schutz gegen Aufschläge auf Denkmäler. In Weihen löst der Magistrat zum Schutz gegen Aufschläge auf Denkmäler das Denkmal Friedrichs des Großen von Tuillon am Kaiser-Friedrichs-Platz abmontieren.

* Ein Riesenbrand in Petersburg. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde Petersburg in der Neujahrnacht von einer gewaltigen Feuersbrunst heimgesucht. Besonders wütete das entsetzliche Element im Drucker Viertel, in dem die Druckerei eines der größten russischen Tagesblätter und die Redaktion und Druckerei der „Izwestia“ vollkommen zerstört wurden. Auch die Räume der „Krasnaja Gazeta“ haben unter dem Brande sehr gelitten. In der Vörsenarbeit des Feuers nahmen verschiedene Feuerwehren teil, die erst nach 13stündiger Vörsenarbeit wieder abrücken konnten.

Büchertisch.

* Kinderbilder aus alter Zeit. 88 Meisterwerke der Malerei mit kurzem Geleitwort. Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart. Preis geb. M. 4,40, geb. M. 6.—. Kein anmutigeres Kapitel kennt die Kunst als das Kind. Zunächst verstreut beim Beschaue dieser Kinderbildnisse von Meisterhand alle geschichtliche Erdtrierung vor dem hellen Klang sorgloser Lebenslust, die ihnen entströmt. Kein das Gegenständliche zeigt es uns an, das Kind und die Bunttheit seiner Darstellung im Wandel der Jahrhunderte. Die glückliche Wechselwirkung von Kind und Kunst strahlt aber die Bilderfülle des kleinen Bandes wieder.

Wasserstände.

Mitgeteilt von der Inspektion der Dampfschiffahrt (Wasserbauamt) in Bydgoszcz am 14. Januar.

Regel zu	Wasserstände		Ge- liegen um m	Ge- fallen um m
	Tag	m		
Weichsel:				
Baranów.....	—	—	—	—
Thorn.....	—	—	—	—
Schlesse I.....	13.	3,74	14.	3,74
Grabe:				
Schlesse 2 D-Regel...	13.	5,80	14.	5,76
Bromberg U-Regel...	13.	2,20	14.	2,20
Goploze: Kruschwitz...	—	—	—	—
Der demnächstige Tiefgang für die kanalisierteste Brache... 1,40 Meter für den Bromberger Kanal... 1,40 Meter für den Oberneigekanal... 1,20 Meter				
Tiefgang der Oberbrache an den Siegelstein Gyzkölwo und Ludwigshof beträgt 1,00 Meter.				

Hauptausleitung: Richard Contag, verantwortlich für den politischen Teil: Karl Hilliger, für den übrigen Teil: Johannes Kruse, für Anzeigen und Ankündigungen: E. Kallmann, Druck und Verlag von R. Dittmann & Co. in Danzig.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Landwirte, führt Bücher! Wieber naht die Zeit, wo jeder Landwirt gezwungen ist, der Steuerbehörde gegenüber Angaben über seinen Besitz, über die sonstigen Werte seiner Wirtschaft und sein Einkommen zu machen. Bei den heutigen schwierigen Verhältnissen und den andauernd wechselnden Preisen für die einzelnen Erzeugnisse ist dieses nicht leicht, wenn nicht eine gezielte Buchführung zugrunde liegt. Wie will ein Landwirt sein Einkommen heute berechnen, wenn ihm die nötigen Unterlagen dazu fehlen. Darum kann nur jedem Besitzer, ob groß oder klein, dringend empfohlen werden, wenn er sich nicht durch gewaltige Steuer selbst schädigen will, genau Bücher zu führen. Jeder Landwirt, der dieses nicht tut, sollte diesen Mahnruf nicht unbeachtet lassen und sich mit Hilfe der dazu berufenen Institute eine Buchführung sofort anlegen. Dergleichen Institute gibt es hier eine ganze Anzahl, unter denen wohl die Zentralbuchstelle des Olsens, frühere Buchstelle des Verbandes deutscher Landwirte, Bydgoszcz, Goethegasse 37, I, mit den ersten Platz einnimmt. Auch sei an dieser Stelle noch besonders auf die Buchführungskurse bei der genannten Buchstelle hingewiesen, wo bereits 140 junge Leute als Rechnungsführer und -führerinnen ausgebildet und in landwirtschaftlich, Betrieben in guten Stellungen untergebracht sind. 1921

Bekanntmachung
des Deutschen Fürsorgekommissars in Bydgoszcz.
Der für den 2. Februar 1921 in Aussicht genommene Auswandererzug wird des gesetzlichen Feiertages — Maria Lichtmess — wegen auf **den 3. Februar 1921** verlegt.

!!Preiswerte Schuhwaren!!
auch für Wiederverkäufer.
Rinderschuhe mit Lederohle . . . 375.— 325.— 250,00
Rinderschuhe, ganz Leder . . . 875.— 650.— 500,00
Weiße Damenschuhe mit Leder . . . 650.— 575.— 450,00
Spangenschuhe aus Leder . . . 1450.— 1250.— 975,00
Halbschuhe, schwarz und braun . . . 1650.— 1250.— 975,00
Frauenschuhe, ganz Leder . . . 1950.— 1650.— 1250,00
Damenstiefel „Warschauer“ . . . 2450.— 1950.— 1450,00
Damenstiefel „br. Warschauer“ . . . 2850.— 2450.— 1950,00
Herrentiefel mit Stoffeinlage . . . 1850.— 1250.— 975,00
Herrentiefel, auch braun . . . 2650.— 2250.— 1850,00
Herrentiefel, Sandarbeits . . . 2850.— 2450.— 1950,00
Mercedes, Brüdenstr. 2.

Dampfzüge- und Hobelwerk
F. Fischer, Gniwotowo
übernimmt sofort
Lohnschnitt u. Tischlerarbeiten.
Der Sequester. Paul Ziek.

Speiseöl
Leinöl eingetroffen 1068
Luisenöl (Selmansta) 25, Lab.
Für Apotheker und Drogerien
diene mit Offerten in:
Magnesia, Morphium,
Salmiat u. and. Chemikalien
Dom Komisjny
dla produktów rolnych.
Bydgoszcz Gdansk
J. Zygmanski
Import Export
Nr. telefonu 592. 1534

Kristall-Palast
Lichtspiele
Danzigerstrasse
Nur 4 Tage! Uraufführung in Polen!
Der Sensationsfilm!
Das Grand-Hotel Babylon
Zwölftes Detektivabenteuer in 5 gewaltigen Akten,
sich steigender Spannung.
Noch nie dagewesene Aufmachung!
In den Hauptrollen:
Hanni Welssse Maria Zelenka
Das Verlobungsfernrohr
Köstliches Lustspiel mit Ernst Matray
in der Hauptrolle.
Beginn: Wochentags 6 Uhr } 815.
Sonntags 3 Uhr }
Kartoffel-Verkauf
Seldstr. 37. Telefon 1505.
Beiladung
Travenninde, 20.—28. Januar
erbeten. 1068 Danzigerstr. 19.

Männer-Versammlung
Sonnabend, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr
im Evang. Gemeindehause (Eckabeststraße 10)
Wahre Männlichkeit
Vortrag von Missionsinspektor Beyer aus Berlin.
Alle evang. Männer sind herzlich u. dringend eingeladen.
Der evang. Gemeindekirchenrat. 1522
Sonntag, d. 16. Januar:
Lanzberggülden.
Hierzu ladet ergebenst ein
Somann, Neu Wittenau.
Freitag, 14. Januar 1921,
abends 7½ Uhr,
zum 2. Male
Armut.
Trauerspiel von Wildgans.
Sonntag, 16. Januar 1921,
nachmittags 3 Uhr.
Gratiosvorstellung für be-
dürftige Kinder der Stadt.
zum 14. Male
Schneewittchen.
Zu dieser Vorstellung findet
kein Billetverkauf statt.
Abends 7½ Uhr,
auf Wunsch,
Der Herr Senator.
Zustspiel von G. Schönlank und
Gustav Kadelburg.
Die Zeitung.

